

## Das Online-Wählen und die Zukunft der Demokratie

### *Verlust des demokratischen Nimbus*

Die Online-Demokratie wird kommen. Das demokratische Online-Wählen wird bald so selbstverständlich sein, wie das Online-Banking es innerhalb weniger Jahre geworden ist. Sobald die noch offenen datensicherheits- und datenschutztechnischen Aufgaben gelöst sind, wird diese Art des Wählens zumindest all jenen offenstehen, die hierfür über die technischen Voraussetzungen verfügen. Demokratische Staaten nämlich werden es sich auf Dauer kaum leisten können, ihren Bürgern das Wählen komplizierter zu machen als nötig. Die Mehrheit der Bürger wird diese Vereinfachung wollen, und weil es eine Mehrheit ist, wird das Online-Wählen seinerseits demokratisch legitimiert sein.

Dennoch wird der Übergang zur Online-Demokratie viel mehr sein als nur eine formale Änderung des Wahlvorgangs. Es wird eine Veränderung sein, die tief in das politische Bewusstsein eingreift. Der Wahlvorgang in seiner herkömmlichen Form nämlich war und ist für das politische Selbstverständnis demokratischer Staaten und ihrer Bürger von zentraler Bedeutung. Er war – auch und gerade in seiner etwas umständlichen überkommenen Form – ein Markenzeichen der Demokratie. Er vor allem war das Ritual, aus dem die Bürger die Überzeugung schöpften, über die beste aller möglichen Staatsformen zu verfügen. Bei keiner anderen Gelegenheit wurde Demokratie mit solcher demonstrativen Bedeutsamkeit zelebriert. Dementsprechend wurde das Wahllokal zu einer Art rituellen Ortes, der symbolhaft für die Möglichkeit demokratischer Mit- bzw. Selbstbestimmung stand, und noch immer vollzieht sich vor allem im Wahllokal der scheinbar so bedeutungsschwere Akt, der Parlamenten und Regierungen ihre demokratisch genannte Legitimation verleiht. Insofern bezieht die Demokratie, was ihr bei den Bürgern noch an Nimbus geblieben ist, vor allem aus dem geltenden Wahlverfahren. Eben dieses Nimbus' bedarf es auch, damit das Wählen die ihm zuge dachte legitimierende Funktion erfüllen kann.

Wenn aber die Demokratie ihren Nimbus vor allem aus dem herkömmlichen Wahlverfahren bezieht, dann gilt auch umgekehrt, dass dieser Nimbus mit der Einführung eines neuen, einfacheren Wahlverfahrens erheblich gefährdet ist.

---

Je einfacher das Wählen wird, je weniger es noch an traditionelle und symbolträchtige Orte wie Wahllokale gebunden ist, desto brüchiger wird auch der rituelle Status der bestehenden Staatsform. Desto stärker erscheint die Demokratie bedroht von einem Prozess der Banalisierung, in dem die Ausübung des demokratischen Wahlrechts auf eine Stufe gestellt wird mit vielerlei anderen, die Einbringung persönlicher Meinungen und Stimmungen ermöglichenden Online-Clicks.

Solche Banalisierung der demokratischen Wahlrechte würde zusammentreffen mit der ohnehin schon weit verbreiteten Desillusionierung des Wahlvolks über die Politik als ganze. Auch wenn von Parteien, von Politikern und politischen Institutionen immer wieder versucht wird, diese Desillusionierung durch neue Methoden der Politikinszenierung zu kompensieren, geschieht dies doch unter Inkaufnahme einer letztlich unübersehbaren Niveaueinbuße. Ein weiterer Verlust an politischem Nimbus würde daher besonders jene empfindlich treffen, die am politischen Geschäft mit dem noch möglichen Maß an Ernsthaftigkeit teilhaben wollen. Dies lässt – neben etablierten Parteien und Politikern - vor allem demokratische Traditionalisten unter den Bürgern noch lange eine Anhänglichkeit an die überkommene Art des Wählens bewahren. Sie werden sich - und dies sogar mit gewissem Recht - die Frage stellen, ob ein weiterer Verlust an demokratischem Nimbus nicht der politischen Kultur irreparablen Schaden zufügen könne. Populistische Parteien dagegen könnten sich, insofern sie politische Unterstützung aus kurzfristigen Stimmungslagen herzuleiten hoffen, von der Einführung einer Online-Demokratie vorübergehenden Vorteil versprechen. Sie dürften daher zu deren ausgeprägtesten Befürwortern werden.

*Arrangement mit der Banalität oder Suche nach neuer Sinnstiftung*

Es bedarf keiner besonderen Phantasie, um sich den - zumindest allmählich eintretenden - banalisierenden Effekt des Online-Wählens in konkreten Details vorzustellen. Das Ergebnis einer demokratischen Wahl würde so rasch und unspektakulär verfügbar sein wie die Ergebnisse beliebiger Umfragen. Wahlen könnten jederzeit zu demoskopischen Zwecken unter Bedingungen simuliert werden, die sich von den eigentlichen Wahlen kaum unterscheiden. Dies wird den Charakter realer Wahlen, insbesondere die starke Abhängigkeit ihrer Resultate von momentanen Stimmungen und insofern auch die ausgeprägte Zufälligkeit von Wahlergebnissen, klarer erkennbar machen denn je. Die demokratische Wahl wird damit anderweitigen Stimmungstests und demoskopischen Erhebungen in Stil und Technik immer ähnlicher werden.

---

Sobald aber die Demokratie auf diese Weise ihren früheren rituellen Status verliert, können Bürger sich unbefangener denn je die Frage nach dem Sinn traditionellen Wählens stellen, die Frage nämlich, was für sie mit der mehrjährigen Erhebung eines von vielerlei Zufällen beeinflussten Stimmungsbildes zur Politik als ganzer wirklich gewonnen ist. Ganz in den Vordergrund dürfte dabei die Frage rücken, ob nicht Personen, die sich dem Wahlvolk als generalistische Vertreter der gesamten Politik präsentieren, zwangsläufig überfordert sind - und damit für selbstkritische Wähler ebenso zwangsläufig die Frage, inwieweit sie selbst von Überforderung betroffen sind, wenn sie ein generalistisches Werturteil über die Politik als ganze abgeben sollen. Je offener diese schlichten Fragen gestellt werden, desto eher werden die kandidierenden Personen und Parteien als Kaiser ohne Kleider erkannt werden, als politische Generalisten nämlich, deren irrealer, aus der Zuständigkeit für die Politik als ganze resultierende Kompetenzzanmaßung vor den Bürgern allzu lange verschleiert worden ist.

Die Ahnung aber, dass möglicherweise höchst unbequeme Wahrheiten aufgedeckt werden könnten, wenn das demokratische Ritual seine einstmalige Ernsthaftigkeit verliert, kann zunächst in höchst unterschiedliche Verhaltensweisen münden. Es kann dazu führen, dass Wähler und Gewählte – und mit ihnen ein großer Teil der bisherigen Nichtwähler – sich mit der neuen demokratischen Banalität stillschweigend arrangieren. Es kann zu einer stillen Komplizität von Wählern und Gewählten führen, die gemeinsam einen erkannten oder doch erahnten politischen Dilettantismus zu kaschieren suchen, um eine in ihrem rituellen Status geschwächte Demokratie nicht noch weiter zu gefährden. Dies könnte zwar nichts dagegen ausrichten, dass rhetorischer Anspruch und reales Niveau demokratischer Politik zunehmend auseinanderklaffen, und es könnte auch nichts ausrichten gegen eine wachsende Unberechenbarkeit und Zufälligkeit der Ergebnisse demokratischer Wahlen. Es würde nur überkommene demokratische Praktiken perpetuieren helfen, aus Furcht, dass die Demokratie auf andere Weise nicht zu halten ist.

Natürlich lässt sich auch, so unwahrscheinlich dies kurzfristig erscheinen mag, ein viel positiveres Szenario ausmalen. Das Online-Wählen könnte dazu führen, dass sich ein wachsender Teil der Bürger von dem veränderten Wahlritual ganz und gar abwendet. Es könnte Anlass dazu werden, sich die Frage nach dem Sinn herkömmlicher Mehrheitsfeststellungen zur Politik als ganzer mit neuer Unbefangenheit zu stellen. Es könnte den Effekt haben, dass am Ende die demokratische Wahl von den meisten Bürgern in ihrer Fadenscheinigkeit

---

durchschaut wird. Es könnte somit bestenfalls zum offenen Widerspruch einer Mehrheit gegen die Zumutung führen, mit einem einzigen Online-Click ein Stimmungsbild zur Politik als ganzer abzugeben, und damit zum Widerspruch gegen eine wachsende Sinnentleerung so genannter demokratischer Teilhabe.

Konstruktiv könnte dieser Widerspruch werden, wenn darin eine Sehnsucht nach neuer politischer Ernsthaftigkeit zum Ausdruck käme. Dies würde vom Wunsch nach einer neuen Würde der Politik zeugen, nach der Gewissheit, als Staatsbürger eine wirklich gehaltvolle politische Rolle spielen zu können, und insofern nach einer Erfahrung neuer politischer Sinnhaftigkeit. Gegenwärtig scheint dies noch eine Wunschvorstellung zu sein, deren Erfüllung sich viele Bürger eher in fundamentalistischen, oft abseits der Politik gesuchten Erfahrungen versprechen.

Eine naheliegende Möglichkeit, sich einer im Online-Wählen banaler denn je wirkenden,

überforderten Demokratie zu entziehen, ist natürlich das Nichtwählen. Für jeden Wahlberechtigten wird die Wahlabstinenz gerade in Zeiten des Online-Wählens zu einem seriösen Nein auf die Frage, ob er sich als Staatsbürger kompetent genug fühlt für ein Werturteil über die Politik als ganze. Und möglicherweise fordert die Möglichkeit des Online-Wählens auch klarer denn je zu der Überlegung heraus, inwieweit man als Wähler von einzelnen Bereichen der Politik überhaupt betroffen ist. Beides zusammen nämlich, Betroffenheit und ein Mindestmaß Kompetenz, ist Voraussetzung für eine fundierte moralische Legitimation zum Wählen. Je unbefangener die Bürger in dieser Hinsicht ihre eigene moralische Legitimation hinterfragen, desto sensibler und damit ablehnender dürften sie auf die generalistischen Plattitüden herkömmlicher Wahlkämpfe reagieren und desto spontaner - und desto besseren Gewissens - dürften sie sich dem Wählen verweigern.

*Das positive Szenario: Online-Wählen in der Neokratie*

Natürlich ist der Widerspruch des Nichtwählers auch und gerade in Zeiten des Online-Wählens keine nachhaltige Antwort auf die Unzulänglichkeiten der herkömmlichen Staatsform. Die Sehnsucht nach einer neuen Würde der Demokratie und nach einer neuen Sinnhaftigkeit demokratischer Rechte kann langfristig nur in einer neuen Art der Bürgerbeteiligung Erfüllung finden. Eine neue Art der Bürgerbeteiligung aber ist nur möglich in einer neuen Art von Demokratie.

---

Die so genannte mehrspurige Demokratie – sie sei hier versuchsweise schlicht Neokratie genannt - ist die Staatsform, deren Überlegenheit gegenüber der herkömmlichen Demokratie in Zeiten des Online-Wählens klarer als zuvor erkennbar werden dürfte. Die Neokratie ist die Staatsform, in der die Bürger nicht zu einem Pauschalurteil über die Politik als ganze aufgerufen würden, sondern zur separaten Wahl in jeder einzelnen, fachlich spezialisierten Staatspartei. Da daher in einer Neokratie die Anzahl der möglichen Wahlakte viel größer wäre als in der herkömmlichen Demokratie, würde jede Vereinfachung des Wählens, also auch die Online-Wahl, es für die Staatsbürger leichter machen, ihre Wahlberechtigungen wirklich auszuschöpfen. Die Wähler müssten sich nicht abgeschreckt fühlen von der Vorstellung, viel öfter als gegenwärtig zum Wählen gebeten zu werden. Durch die Möglichkeit des Online-Wählens könnten sie sich vielmehr der Staatsform der Neokratie mit ihren vielfältigeren demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten vorbehaltloser öffnen.

Statt zu einer weiteren Banalisierung der Politik könnte das kommende Online-Wählen auf diese Weise den Weg weisen zu einer Auseinandersetzung mit neuen Formen staatlicher Ordnung. Es würde bessere Voraussetzungen schaffen für eine neue Spezialisierung von Politikern und politischen Institutionen und ebenso für eine Spezialisierung von Wählern, die nur noch in den von ihnen für wichtig und durchschaubar erachteten Bereichen der Politik das Wählen praktizieren würden. Es würde damit den Bürgern vor jedem Wahlakt auf neue Weise ermöglichen, sich selbst für jeden Politikbereich die Frage nach ihrer Betroffenheit von politischen Entscheidungen und ihrer Sachkompetenz als Wähler zu stellen. Die Würde der Demokratie jedenfalls hätte so, bei einer viel zielgerichteteren Aktivierung der Staatsbürger als Wähler, eine solidere Grundlage.

#### *Neue Demokratie und der Zugang zum Wahlrecht*

Es gehört nicht viel Phantasie zu der Prognose, dass letztlich genau dies eintreten, dass also die Möglichkeit des Online-Wählens zum Wegbereiter einer neuen Staatsform wie der Neokratie werden wird. Diese Prognose allerdings gilt natürlich nur auf sehr lange Sicht. Auf mittlere Sicht, d.h. in den kommenden Jahrzehnten, dürfte die Demokratie infolge des Online-Wählens eher den Weg einer weiteren Banalisierung nehmen, wobei die Bürger sich wohl oder übel mit einer Verflachung der politischen Kultur arrangieren werden. Insofern wird das Nichtwählen auf absehbare Zeit doch der vornehmste Weg bleiben, als Bürger der Demokratie das mögliche Maß an Würde zu wahren. Frü-

---

her oder später aber wird die Technik des Online-Wählens an eine Wegmarke führen, an der zwischen einer dekadent gewordenen alten und einer würdevolleren neuen Demokratie, einer Neokratie eben, zu wählen sein wird.

Natürlich wird schließlich auch eine Neokratie sich darauf einstellen müssen, dass eine technische Neuerung wie das Online-Wählen Bewusstsein und Verhaltensweisen der Bürger verändert. Auch in einer Neokratie wäre es ja zumindest denkbar, dass Wahlrechte aus falschen Motiven ausgeübt werden und dass die technische Vereinfachung des Wählens daher den Wert von Wahlergebnissen mindert. Auch eine Neokratie müsste hierauf zeitgemäße Antworten finden. Sie müsste auf jeweils zeitgemäße Weise darauf hinwirken, dass sich an demokratischen Wahlen vorrangig jene Bürger beteiligen, die wenigstens ein Mindestmaß an Betroffenheit oder zumindest an Urteilsfähigkeit in der jeweiligen Politiksparte aufzuweisen meinen.

Gerade in einer Neokratie, einer mehrspurigen Demokratie also, könnte es sich aber als legitim erweisen, die Schwelle zur demokratische Mitwirkung nicht durch das Online-Wählen allzu weit absinken zu lassen. Eben weil eine mehrspurige Demokratie die Wähler auf viel konkretere Fragen antworten ließe, als die herkömmliche Demokratie es tut, kann sie mit Verständnis dafür rechnen, wenn die demokratische Mitwirkung eine gewisse Mühe kostet. Insofern könnte es sich in dieser Staatsform als legitim erweisen, jeden Bürger vor Ausübung des Wahlrechts bekennen zu lassen, ob er sich in der jeweiligen Politiksparte hinreichend betroffen bzw. kompetent fühlt, um eine fundierte Wahlentscheidung zu fällen. Ein dem Wählen vorgeschalteter, ein Ja zu dieser Frage verlangender Registriervorgang könnte daher eine Schwelle sein, deren Überwindung die Bürger sich selbst per demokratischem Mehrheitsbeschluss auferlegen.

Dies allerdings wäre eine verfahrenstechnische Detailfrage, auf die jeweils zeitgemäße Antworten erst nach Einführung einer neuen Staatsform wie der Neokratie zu geben wären. Zuvor wird die viel elementarere und insofern spannendere Frage einer Antwort zutreiben, wie lange denn die bestehende Demokratieform die Einführung des Online-Wählens zu überleben vermag.

Schon hierfür dürfte die Frist nach Generationen zu bemessen sein.